

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. Kurt H. Müller, Dresden, Postfach 10011
Druck: Kurt H. Müller, Dresden, Postfach 10011

Bezugspreis bei halbjährlicher Bestellung monatlich 2.00 RM. (Inkl. d. Postgebühren) bei 1 mal wöchentlichem Erscheinen, Einzelnummer 10 Pf., außerorts 15 Pf., Anzeigenpreis: Die erste Spalte 80 Pf., die zweite 60 Pf., die dritte 40 Pf., die vierte 30 Pf., die fünfte 20 Pf., die sechste 15 Pf., die siebente 10 Pf., die achte 5 Pf., die neunte 3 Pf., die zehnte 2 Pf., die elfte 1 Pf., die zwölfte 1 Pf., die dreizehnte 1 Pf., die vierzehnte 1 Pf., die fünfzehnte 1 Pf., die sechzehnte 1 Pf., die siebenzehnte 1 Pf., die achtzehnte 1 Pf., die neunzehnte 1 Pf., die zwanzigste 1 Pf., die einundzwanzigste 1 Pf., die zweiundzwanzigste 1 Pf., die dreiundzwanzigste 1 Pf., die vierundzwanzigste 1 Pf., die fünfundzwanzigste 1 Pf., die sechsundzwanzigste 1 Pf., die siebenundzwanzigste 1 Pf., die achtundzwanzigste 1 Pf., die neunundzwanzigste 1 Pf., die dreißigste 1 Pf., die einunddreißigste 1 Pf., die zweiunddreißigste 1 Pf., die dreiunddreißigste 1 Pf., die vierunddreißigste 1 Pf., die fünfunddreißigste 1 Pf., die sechsunddreißigste 1 Pf., die siebenunddreißigste 1 Pf., die achtunddreißigste 1 Pf., die neununddreißigste 1 Pf., die vierzigste 1 Pf., die einundvierzigste 1 Pf., die zweiundvierzigste 1 Pf., die dreiundvierzigste 1 Pf., die vierundvierzigste 1 Pf., die fünfundvierzigste 1 Pf., die sechsundvierzigste 1 Pf., die siebenundvierzigste 1 Pf., die achtundvierzigste 1 Pf., die neunundvierzigste 1 Pf., die fünfzigste 1 Pf., die einundfünfzigste 1 Pf., die zweiundfünfzigste 1 Pf., die dreiundfünfzigste 1 Pf., die vierundfünfzigste 1 Pf., die fünfundfünfzigste 1 Pf., die sechsundfünfzigste 1 Pf., die siebenundfünfzigste 1 Pf., die achtundfünfzigste 1 Pf., die neunundfünfzigste 1 Pf., die sechzigste 1 Pf., die einundsechzigste 1 Pf., die zweiundsechzigste 1 Pf., die dreiundsechzigste 1 Pf., die vierundsechzigste 1 Pf., die fünfundsechzigste 1 Pf., die sechsundsechzigste 1 Pf., die siebenundsechzigste 1 Pf., die achtundsechzigste 1 Pf., die neunundsechzigste 1 Pf., die siebenzigste 1 Pf., die einundsiebzigste 1 Pf., die zweiundsiebzigste 1 Pf., die dreiundsiebzigste 1 Pf., die vierundsiebzigste 1 Pf., die fünfundsiebzigste 1 Pf., die sechsundsiebzigste 1 Pf., die siebenundsiebzigste 1 Pf., die achtundsiebzigste 1 Pf., die neunundsiebzigste 1 Pf., die siebenundachtzigste 1 Pf., die einundsiebenundachtzigste 1 Pf., die zweiundsiebenundachtzigste 1 Pf., die dreiundsiebenundachtzigste 1 Pf., die vierundsiebenundachtzigste 1 Pf., die fünfundsiebenundachtzigste 1 Pf., die sechsundsiebenundachtzigste 1 Pf., die siebenundsiebenundachtzigste 1 Pf., die achtundsiebenundachtzigste 1 Pf., die neunundsiebenundachtzigste 1 Pf., die siebenundneunzigste 1 Pf., die einundsiebenundneunzigste 1 Pf., die zweiundsiebenundneunzigste 1 Pf., die dreiundsiebenundneunzigste 1 Pf., die vierundsiebenundneunzigste 1 Pf., die fünfundsiebenundneunzigste 1 Pf., die sechsundsiebenundneunzigste 1 Pf., die siebenundsiebenundneunzigste 1 Pf., die achtundsiebenundneunzigste 1 Pf., die neunundsiebenundneunzigste 1 Pf., die achtzigste 1 Pf., die einundachtzigste 1 Pf., die zweiundachtzigste 1 Pf., die dreiundachtzigste 1 Pf., die vierundachtzigste 1 Pf., die fünfundachtzigste 1 Pf., die sechsundachtzigste 1 Pf., die siebenundachtzigste 1 Pf., die achtundachtzigste 1 Pf., die neunundachtzigste 1 Pf., die neunundachtzigste 1 Pf., die einundneunzigste 1 Pf., die zweiundneunzigste 1 Pf., die dreiundneunzigste 1 Pf., die vierundneunzigste 1 Pf., die fünfundneunzigste 1 Pf., die sechsundneunzigste 1 Pf., die siebenundneunzigste 1 Pf., die achtundneunzigste 1 Pf., die neunundneunzigste 1 Pf., die hundertste 1 Pf., die einhundertste 1 Pf., die zweihundertste 1 Pf., die dreihundertste 1 Pf., die vierhundertste 1 Pf., die fünfhundertste 1 Pf., die sechshundertste 1 Pf., die siebenhundertste 1 Pf., die achthundertste 1 Pf., die neunhundertste 1 Pf., die tausendste 1 Pf.

Druck u. Verlag: Kurt H. Müller, Dresden, Postfach 10011
Redaktion: Kurt H. Müller, Dresden, Postfach 10011

Oesterreichs Völkerbundsanleihe perfekt

Deutschland enthält sich der Stimme

Kirchhofsfrieden

Genf, 15. Juli. Das Völkerbundsekretariat teilt mit: Die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Oesterreichs und Belgiens haben das Oesterreichische Anleiheprotokoll heute unterzeichnet. Die Vertreter Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens haben mitgeteilt, daß England und Frankreich mit 100 Millionen, Italien mit 50 Millionen und Belgien mit 5 Millionen Schilling an der beschlossenen Anleihe teilnehmen.

In der heutigen Ratssitzung gab der norwegische Berichterstatter den Inhalt des Protokolls über die Oesterreichische Anleihe bekannt. Ihre Dauer beträgt 20 Jahre. Der Dienst wird durch dieselben Sicherheiten gedeckt, die für die Anleihe vom Jahre 1928 in Anspruch genommen worden sind. Der Ertrag der Anleihe soll zum größten Teile zur Rückzahlung der kurzfristigen Schulden verwendet werden.

Die Oesterreichische Regierung verpflichtet sich in dem Protokoll, die notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts im Budget zu ergreifen und eine Budget- und Finanzreform durchzuführen.

Die Oesterreichische Währungspolitik steht sich, so heißt es in dem Protokoll weiter, das Ziel, in möglichst kurzer Zeit den Unterschied in der Bewertung des Schillings im Inlande gegenüber dem Auslande aufzuheben. Die Regelung der Verhältnisse bei der Kreditanleihe sei ein wichtiger Teil des Reformprogramms.

Die einzelnen Artikel des Protokolls werden mit einer Präambel eingeleitet, in der es heißt, daß die Oesterreichische Anleihe den Interessen der Oesterreichischen Bevölkerung zu dienen. Diese Staaten, einschließlich Oesterreichs, so heißt es in dem Protokoll weiterhin, erklären, diese Hilfe auf das Protokoll vom 4. Oktober 1922 zu gründen mit allen Verpflichtungen, die es enthält.

In der Aussprache über das Protokoll sagte der englische Außenminister, daß sich seine Regierung mit einem Betrag von 100 Millionen Schilling an der Anleihe beteiligen werde. Der Vertreter Frankreichs gab die gleiche Erklärung ab.

Der Oesterreichische Vertreter von Piffal dankte in merkwürdig überhöflichen Worten

für die Bewilligung der Anleihe, ohne hierbei mit einem Wort Deutschland zu erwähnen. Er betonte, daß die Anleihe nur dank der Weisheit, der Fürsorge und der Voraussicht gewisser Staaten möglich geworden sei. Die Anleihe eröffne der Oesterreichischen Politik neue Wege zu einer Annäherung der Völker. Er betonte immer wieder, welche außerordentliche Dankesschuld Oesterreich gegenüber seinen Gläubigern mächtigen jetzt empfände. Der Präsident des Sachverständigenausschusses, der das Protokoll ausgearbeitet hatte, der Schweizer Bundesrat

Muss, gab sodann die bemerkenswerte Erklärung ab, daß der Ausschuss sich über den heiklen Charakter der Erwähnung des Protokolls von 1922 vollständig im klaren gewesen sei und deshalb in der Präambel das Genfer Protokoll von 1922 in der Weise erwähnt habe, daß die Unterzeichnung dieses Protokolls keineswegs gleichbedeutend mit einer neuen Annahme des Genfer Protokolls von 1922 sei.

Der deutsche Vertreter, Gesandter Göppert, enthielt sich der Stimme; er begründete seine Stimmenthaltung mit folgender Erklärung: Die zur Erörterung stehende Anleihe basiert auf dem Protokoll, das anlässlich der damaligen Völkerbundsanleihe für Oesterreich im Jahre 1922 vereinbart worden ist. Deutschland war zu jener Zeit nicht Mitglied des Völkerbundes und ist nicht an den diesbezüglichen Verhandlungen beteiligt gewesen.

Die deutsche Regierung sieht sich nicht in der Lage, sich dem Protokoll ihrerseits anzuschließen. Der Internationale Gerichtshof im Haag hat bekanntlich im vergangenen Jahre keineswegs zu einer einseitigen Auflassung über die Tragweite des Protokolls gelangen können. Davon abgesehen ist die deutsche Regierung der Ansicht, daß eine finanzielle Hilfsaktion nicht mit politischen Bindungen irgendwelcher Art verquickt werden sollte.

Aus diesen Gründen kann die deutsche Regierung dem vorliegenden Antrage nicht beitreten. Um indes die hier in Rede stehende Anleiheaktion nicht zu föhren, werde ich mich der Stimme enthalten. — Die deutsche Regierung hofft übrigens, zu der finanziellen Entlastung Oesterreichs auch ihrerseits durch eine finanzielle Transaktion beitragen zu können.

Der englische Außenminister Sir John Simon bezeichnete das Ergebnis der Anleiheverhandlungen als ein gutes Vorzeichen für die Zusammenarbeit der Regierungen, während der Vertreter Frankreichs, Maffiat, seinem Redner ein Ausdrück gab, daß das Protokoll nicht einstimmig unterzeichnet werde.

In der geheimen Sitzung des Völkerbundsrats wurde dem holländische Finanzfachverständigen Hout van Tongeren zum Finanzberater bei der Oesterreichischen Regierung, der belgische Finanzfachverständige Frère zum Finanzberater bei der Nationalbank ernannt.

Wien, 15. Juli. Der Hauptauschuss des Nationalrates hat einer Regierungsverordnung zugestimmt, die Lieferungsbestimmungen für die Zeit der Weisenperre für Auslandschulden schafft. Die Verordnung behandelt Auslandsschulden, die in fremder Währung gegenüber ausländischen Gläubigern eingegangen wurden, und schließlich die Forderungen für alle sonstigen privaten Schuldverbindlichkeiten, soweit sie auf Darlehen beruhen.

Die zögernde Haltung der Reichsregierung

Scharfe Kritik in Berlin - Forderung des Ausnahmezustandes

Berlin, 15. Juli. Am Sonnabend wird nach der Rückkehr des Reichskanzlers von Venedig das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammentreten, in der vermutlich der weitere innerepolitische Arbeitsplan besprochen werden dürfte. Auch in der Berliner Presse wird die von uns bereits wiedergegebene Vermutung geäußert, daß man sich in den kommenden Besprechungen dahin geeinigt hat, von der

Einführung eines Reichskommissars für Preußen zunächst Abstand zu nehmen.

Dies wird in der „Berliner Börsenzeitung“ zum Anlaß eines ziemlich scharfen Angriffs gegen die Reichsregierung genommen, dessen Bewertung dadurch eine Steigerung erfährt, daß bekanntlich die Berliner Börsenzeitung in engeren Beziehungen zur Reichswehr steht. Das genannte Blatt stellt zunächst fest, daß

das Ergebnis der Aussprache zwischen dem Reichsinnenminister und dem Reichspräsidenten geeignet sei, lebhafteste Enttäuschung hervorgerufen.

Es hebe sich, daß die Einführung eines Reichskommissars in Preußen keineswegs die unmittelbare Folge des Besuchs sei, und daß auch nicht der Ausnahmezustand vorliegt, und daß das Blatt fährt dann fort: „Wir bezweifeln nicht, daß dem Reichsinnenminister die grundsätzliche Ermächtigung in dieser Richtung erteilt worden ist. Wir befürchten, daß auf Grund der Aussprache in Venedig das Reichsinnenministerium weiterhin die Verhältnisse prüft und beobachtet. Diese Haltung der Reichsregierung muß auf scharfe Verurteilung werden, da wir auf dem Standpunkt stehen, daß

die Reichsregierung nicht dazu da ist, die Schuldigen festzustellen, wenn das Land endgültig in den Brunnen gefallen ist,

sondern vielmehr vordringende Sorge dafür zu treffen, daß diese Gefahr endgültig beseitigt wird. Wir hoffen immer

noch und verlangen es auf das entschiedenste, daß diese zögernde Haltung endlich aufgegeben wird.“

Im Gegensatz zu dieser scharfen Stellungnahme hält man in der übrigen Reichspressen vorläufig noch mit Reserven über das Ergebnis des Venediger Ministerbesuchs zurück. Man begnügt sich mit der Wiedergabe informeller Mitteilungen. Beiläufig die Deutsche Zeitung bringt noch zum Ausdruck, daß abzuwarten sein werde, ob etwa andere Maßnahmen geplant seien, die die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zum Ziele hätten.

Auf keinen Fall wäre es zu billigen, wenn man die Dinge in Preußen weiter wie bisher treiben ließe.

Interessant ist sodann noch, daß auch die Vorkpresse mit dem Ergebnis der Venediger Besprechungen nicht so recht zufrieden ist. So meint das „V. T.“, es sei als sicher anzunehmen, daß der Reichsinnenminister weiterhin an seinem ablehnenden Bescheid festhalten werde, den er den sozialdemokratischen Führern, Uniform- und SA-Verbot wieder herzustellen, erteilt hat. Dazu wird man allerdings wohl sagen dürfen, daß die Hoffnungen, der Reichsinnenminister würde das unter dem Kabinett-Drängen erlassene SA-Verbot wieder herstellen, wohl doch etwas gar zu weit getrieben waren.

Der Thüringische Landtag löst sich auf

Weimar, 15. Juli. Der Landtag beschloß heute mit allen gegen 4 Stimmen der SPD, sich mit Wirkung bis 30. Juli aufzulösen und am 31. Juli zugleich mit der Reichstagswahl für den neuen Landtag zu wählen. In der Sitzung wurde auch die von der Linken bei der Staatsberatung nach Ausschluß der Nationalsozialisten durchgeführten Beschlüsse, die Konsumvereine von der Gewerbesteuer zu befreien und die letzte Verordnung zur Forderung des Miet- und Wohnungsweges aufzugeben, wieder bekräftigt.

Allmählich beginnt auch dem harmlosesten Mitteleuropäer ein Licht darüber aufzugehen, was Lausanne in Wirklichkeit bedeutet. In Deutschland glaubte man allzu lange, es handle sich dort lediglich um eine Endregelung der Tribut- und um die Schaffung der politischen Grundlage für die Wiedergeburt des allgemeinen Vertrauens. Aber den Kundigen mußte es schon mit Mißtrauen erfüllen, daß Herrriot selber aus dem Häuschen geriet und nach der Einigung jedem, der es hören wollte, sein begeistertes „Es ist geschafft“ nicht laut genug entgegenrufen konnte. Er machte den Eindruck des triumphierenden Siegers, und er war es auch, wie sich nun erst mit ganzer Deutlichkeit herausstellte. Nicht die kaum mehr erhoffte Veltung einer endgültigen Tributzahlung von drei Milliarden, nicht die Abwägung der deutschen politischen Forderungen war es, was Herrriot so freudig stimmte, sondern, wie wir nun mit brutaler Offenheit erfahren haben, die beiden Ehemänner kommen, die er mit England abschließen konnte. Er konnte für den französischen Nationalfeiertag, den Paris gestern mit dem üblichen Freudentaumel feierte, ein schönes Geschenk heimbringen. Frankreich, das sich unter Poincaré und Tardieu immer mehr isoliert hatte, das den Namen eines Weltfriedens bekam, von dem jede Nation so weit wie möglich abrückte, hat den Anschluss an England wiedergefunden, den Herrriot offen als die neuerstandene „Entente cordiale“ feierte. Es hat englische Stimmen gegeben, die bei diesem Wort erschrocken sind. So meint der „Daily Express“ jetzt, die Entente cordiale sei „das verhängnisvolle Bündnis, das zur Katastrophe von 1914 geführt“ habe und das nun im Jahre 1932 wiedererstehen sei. Das neue Vertrauen und der Frieden für alle, den geschaffen zu haben die Staatsmänner von Lausanne sich rühmen, sind, wie allein dieser gefährliche Begriff zeigt, der so eng mit der Einkreisungspolitik gegen Deutschland verknüpft ist, gründlich zerstört worden.

Die beiden Bündnisse, die England und Frankreich geschlossen haben, der Freundschafts- und Konsultativpakt sowie das sogenannte Gentleman-Abkommen über die Schuldenregelung mit Amerika, sollten zuerst beachtenderweise streng geheim bleiben. Aber die Gentlemen der Konferenz haben in ihrer Freude sich zu Reuekrümmen inreihen lassen, die den Verdacht erregen mußten, daß man in Lausanne gegenüber Deutschland, und wie die Amerikaner behaupten, auch gegenüber Amerika, wenig gentlemanlike gehandelt habe. Als den Entente-Diplomaten darauf von den erregten Amerikanern ihre Geheimabkommen auf den Kopf angelacht wurden, gab man, nicht sehr klugerweise, Bruchstücke zu, wollte dann, aber die Wirkung erlöschend, alles wieder leugnen, um dann am Donnerstag in aller Form in England den Konsultativpakt und in Paris das Gentleman-Abkommen in seiner brutallsten Form zu veröffentlichen.

Welche Verlegenheit aber die Veröffentlichung den Vätern bereitet hat, geht wohl am deutlichsten daraus hervor, daß England und Frankreich das neue Bündnis verstreuen auslegen. Während Herrriot von der neuen Einkreisung Deutschlands ziemlich unverhüllt spricht, denn nichts anderes bedeutet doch die wiedererstandene Entente cordiale, bemüht sich Macdonald, die Abkommen als möglichst harmlos hinzustellen. Der Konsultativpakt ist danach ein neuer europäischer Bund, der allen offen steht, die Frieden wollen. Deutschland ist herzlich eingeladen, beizutreten. Man wundern sich nur, warum dann Deutschland und andere Mächte nicht schon in Lausanne aufgefordert wurden, und man nicht dort, wo drei Wochen Zeit dafür waren, bereits einen allgemeinen Bund des europäischen Friedens gegründet hat. Der Grund ist einfach genug: die Verpflichtung der beiden Mächte, sich gegenseitig in allen Fällen zu „konsultieren“, mag harmlos klingen, sie ist es aber nicht. Sie hat ja auch nur den Sinn, daß man sich über alle bedeutenden außenpolitischen Fragen bereits weitgehend geeinigt hat, und zwar mit dem ausgesprochenen Zweck, den bestehenden europäischen Zustand aufrechtzuerhalten. England verpflichtet sich indirekt, die revisionseindliche Haltung Frankreichs zu unterstützen. Versailles soll das Grundgesetz von Europa bleiben, das in der praktischen Erfolge des „Gottesfriedens“, der Nichtingabe Macdonalds.

Was sein, daß der englische Premierminister ein Idealist ist, aber sein auter Glaube ist in der praktischen Politik zu unfreiem Nachteil dem Realismus Herrriots völlig unterlegen. Lord George hat völlig recht, wenn er diesen dunklen Geheimverträgen seine Zustimmung im Parlament verweigert mit der Erklärung, er könne nicht von einem Gentleman-Abkommen sprechen, wenn man den Inhalt Deutschland vorenthalte. Wir Deutsche müssen jetzt hinaufsehen, daß wir in Lausanne regelrecht genaschert und betrogen worden sind. Selbst das Tributabkommen erklärt man jetzt mit brutaler Offenheit für nichtig, wenn Amerika nicht die Schulden freiläßt.

Die Billans, die wir jetzt über Lausanne stehen können, entpuppt sich also als ein wahres Verhängnis. Deutschland hat sich zu einer endgültigen Tributzahlung